

HAZ 25.8.06

# „Ich bin nicht eiskalt“

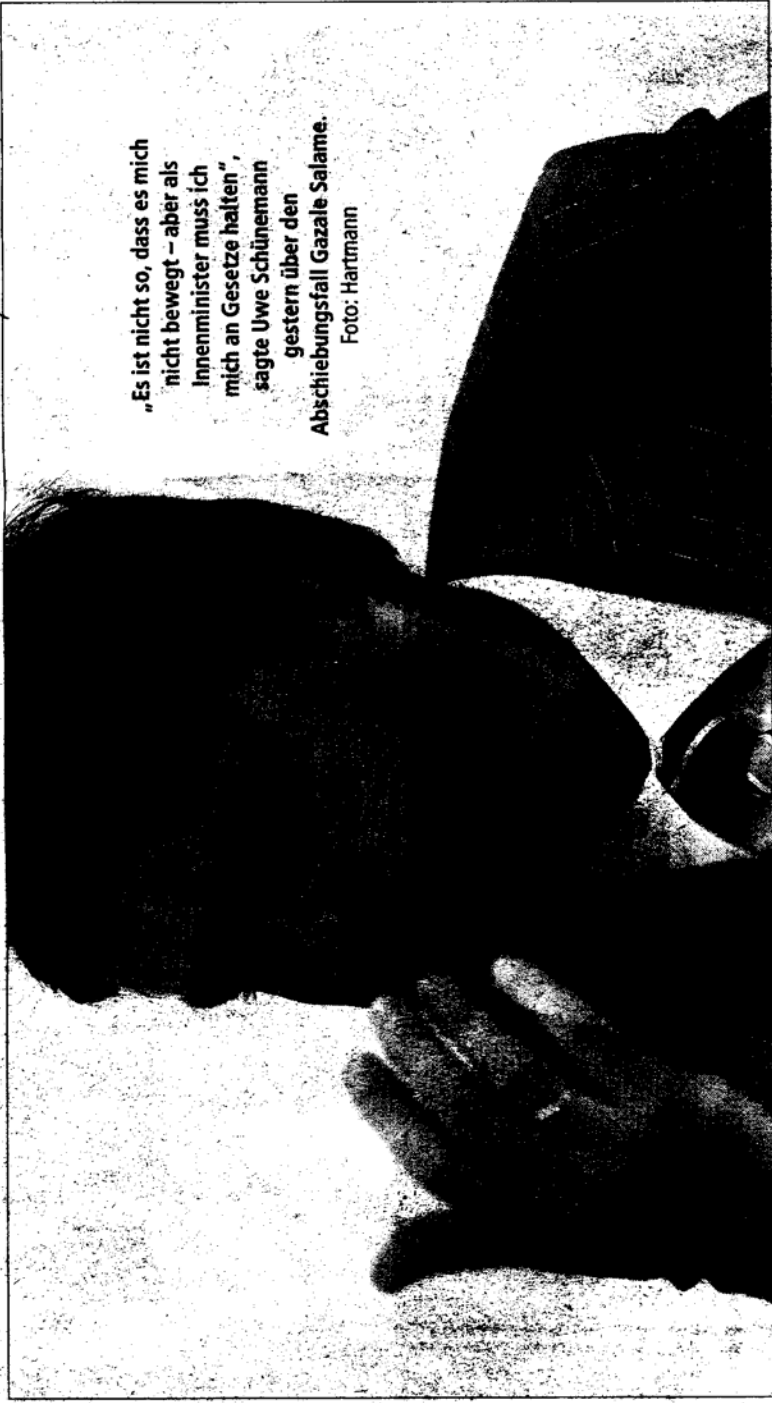
Innenminister kritisiert Landrätin Baule: Verhalten im Abschiebungsfall Siala sei „schwierig“

(zer) Innenminister Uwe Schünemann (CDU) hat gestern in Hildesheim Landrätin Ingrid Baule kritisiert. Die SPD-Politikerin hatte der vor anderthalb Jahren in die Türkei abgeschobenen Kurdin Gazale Salame die Rückkehr zu ihrer Familie in den Landkreis Hildesheim ermöglichten wollen (die HAZ berichtete). Dies Verhalten bewertete der Minister als „schwierig“.

„Frau Baule informiert nicht umfassend genug“, sagte Landes-Innenminister Uwe Schünemann bei einem Besuch der Zentralen Kriminalinspektion. Es sei falsch zu behaupten, dass die in die Türkei abgeschobene Gazale Salame wieder einreisen könne, wenn das Land gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts keinen Einspruch einlegte.

Das hatte im Juni die Abschiebung von Salames Ehemann Ahmed Siala aufgehoben. Damit schien auch der Abschiebung von Salame die Grundlage entzogen, der Landkreis wollte auf eine Berufung gegen das Urteil verzichten. Es müsse „alles getan werden, um die Familie wieder zusammenzuführen“, erklärte Baule vergangenen Woche der HAZ. Denn die zwei sieben und acht Jahre alten Töchter der Kurdin blieben mit ihrem Vater im Landkreis zurück.

Trotz mehrerer ärztlicher Gutachten, nach denen Salame in der Türkei unter Depressionen leidet, verdonnerte das Innenministerium den Landkreis dazu, Berufung einzulegen. „Das Urteil hat Auswirkungen auf rund 200 weitere Fälle“, erklärte Schünemann gestern. Außerdem habe das Oberverwaltungsgericht in vergleichbaren Fällen genau entgegengesetzt entschieden. Und schließlich dürfe Sialas Frau zum jetzigen Zeitpunkt ohnehin nicht wieder einreisen. Da ihr Mann viele Jahre von So-



„Es ist nicht so, dass es mich nicht bewegt – aber als Innenminister muss ich mich an Gesetze halten“, sagte Uwe Schünemann gestern über den

Abschiebungsfall Gazale Salame.  
Foto: Hartmann

zialhilfe gelebt habe, bestünden Zweifel, ob er die Familie ernähren könne.

„Es ist schwierig, als Landrätin so zu tun, als ob die Frau einfach wieder einreisen kann“, meinte Schünemann. Den Einwand, dass Siala nicht arbeiten kann, weil er keine Arbeitserlaubnis hat, wies der Minister zurück – und wehrte sich gegen den Vorwurf von Flüchtlingsorganisationen, dass er ein „eiskaltes Monster“ sei. „Ich bin nicht eiskalt“, sagte Schünemann. „Aber als Innenminister muss ich eine rechtsstaatliche Lösung umsetzen.“ Warum etliche Brüder von Siala, die in anderen Landkreisen oder Bundesländern leben, ein Bleiberecht bekommen haben, kann Schünemann nicht erklären. „Dazu müsste man die Einzelfälle prüfen.“

Im Zuge seiner Besuche von Einsatzleitstellen und Kriminalinspektionen in Niedersachsen war Schünemann gestern in der Zentralen Kriminalinspektion in Hildesheim, die 38. von insgesamt 39 Stationen seiner Besuchsreihe. Die vor 18 Monaten eingerichtete Inspektion, die unter anderem für organisierte Kriminalität und Bandenkriminalität zuständig ist, habe sich bewährt.

„Wir brauchen die technischen Möglichkeiten, um europaweit ermittelt zu können“, erklärte der stellvertretende Leiter der Zentralen Kriminalinspektion, Ralf Leopold. „Dafür muss uns das Ministerium allerdings weiter mit Geld versorgen.“ Auch sei die bisherige Rechtslage zur Telefonüberwachung nicht ausreichend. Vor allem über die

Telefonüberwachung in Korruptionfällen müsse man auf Bundesebene ernsthaft diskutieren, betonte auch Schünemann. Beim Treffen der Innenminister am 4. September wolle er jedoch vor allem die Antiterrordatei ansprechen. „Beim jetzigen Entwurf vom Bundesinnenminister fehlt vor allem der Eintrag über den Beruf und Auslandsaufenthalte“, kritisierte Schünemann. So sei nicht ersichtlich, ob der Betreffende etwa im Camp einer Terrororganisation in Afghanistan eine „Ausbildung“ gemacht habe. „Ich bin jedoch aufgrund der neuen Bedrängnislage optimistisch, dass wir eine vernünftige Lösung finden.“ Denn die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus sei noch nie so nah gewesen.